

notigen Kräfte zur Aufrechterhaltung und Durchführung dieser Politik gerät, möglichst heranzuziehen. Aber völlig kann man die Machtstellung nicht unterdrücken.

Zu der Meinung, daß ein ganzes französisches Bataillon, das Besant in Ägypten bestreift hätte, von den Türken gefangen worden wurde, schreibt der 'Temps': Dieses Ereignis erinnere die Franzosen an die ungeheueren Schwierigkeiten der Unternehmungen, die die vereinigten Armeen im Orient eingeleitet hätten. Wenn die Dinge so weitergehen, werde ein neuer Krieg ausbrechen, zuerst in Ostsyrien, wo die griechischen Divisionen angegriffen werden würden. Die vorliegenden türkischen Streitkräfte würden auf etwa 40 000 Mann geschätzt, doch sei wahrscheinlich, daß sich außerdem bulgarische Banden mit ihnen verbinden würden. Die Kämpfe dürften sich auch mit den Türken in Kleinasien in Beziehung. Wie weit der Krieg dann ausbrechen könnte, muß sich dem Verlauf des Krieges nachsehen lassen. Man muß sich nicht abhaken. Auf Grund dieser Ausführungen muß sich dann der 'Temps', dem das sicher nicht einverstanden ist, zu dem Eingehändnis bequemen, daß der türkische Friedensvertrag abgeändert werden müsse. Besondere Erwähnung bläht sich das 'Journal' in daselbe. Ferner dieses Blatt spricht von der Revision des türkischen Vertrages und weist besonders darauf hin, daß Griechenland unmöglich imstande wäre, einer dauernden Feindschaft mit Bulgarien und der Türkei die Seiten zu bieten. Beispielsweise selbst wäre es heute höchstwahrscheinlich nicht unlieb, wenn er durch die alliierten Mächte gezwungen wäre, einen Teil der griechischen Eroberungen wieder herauszugeben.

Für uns aber muß es von dem allseitigen Interesse sein, daß hinter der wichtigsten Angelegenheit Frankreichs letzten Jahres als Hauptinteresse doch wieder die Furcht steht, durch eine neue Krise abermals in Anspruch nehmende Bewältigung an der Möglichkeit gehindert zu werden, weiterhin für unbedingt notwendig gehaltenen militärischen Druck auf Deutschland auszuüben. Das verrät namentlich die ebenfalls von starker Besorgnis zeigenden Ausführungen des Abgeordneten Collin, eines Mitgliedes der Kommission für auswärtige Angelegenheiten, der sich im 'Journal' mit der türkischen Frage beschäftigt. Nachdem er darauf hingewiesen hat, daß Frankreich gegenwärtig allein in Syrien 50 000 Mann stehen habe, meint er: Man könne unmöglich denken, daß diese Zahl verdoppelt oder verdreifacht werde, denn die wichtigste Aufgabe für Frankreich bestehe in der Durchführung des Versailleser Vertrages, und alle Anstrengungen müßten infolgedessen in erster Linie auf das Gelingen gerichtet sein.

Mohammedaner und Nationalisten.

Man muß es den Türken lassen: Was sie im Kriege verübt haben, scheinen sie jetzt, wo es ums Letzte, um ihre Existenz, geht, nachhaken zu wollen. Der Friedensvertrag hat die europäische Türkei in ihrem selbständigen Bestand aufgehoben und das einst so mächtige Reich auf einen kleinen Teil Kleinasiens, auf Anatolien, beschränkt. Alle anderen Provinzen des osmanischen Reiches sind unter die Mithridaten G. m. b. H. nach einem bestimmten Schema verteilt worden: Thrazien einschließlich Vorderasien an Griechenland, Konstantinopel und die Meerengen an die internationale Kommission genannt Völkerbund, ferner Mesopotamien und Kurdistan an England, Palästina an Frankreich, Arabien an Italien, die Inseln an die Entente.

Die ganz unter dem Vorwand der Entente steht, nicht eingewendet, sie hat in einer Art katastrophischer Ergebung in ihr Schicksal alle Entscheidungen der Entente über sich ergehen lassen. Ganz anders die Nationalisten. Diese haben von Anfang keinen Hehl daraus gemacht, daß sie nicht gewillt sind, ein altes Reich zersplittern zu lassen, ohne eine äußerste Anstrengung zu machen. Von Brussa in Anatolien aus hat Mustafa Kemal Pascha den Sturmhaufen angetreten, der ihn nunmehr an die Küste des Marmarameeres geführt hat. Zu gleicher Zeit gärt es ebenfalls in Mesopotamien: die Araber, die während des Krieges in englischer Solde standen, haben sich der mohammedanischen Bewegung angeschlossen und leben im Begriff, die gegenüber Mosul, das halbwüste zwischen dem englischen Besetzungsbereich in Nordwesten und Bagdad liegt, an sich zu reißen. Wenn schließlich noch berücksichtigt wird, daß einerseits die geheimen Verbindungen zwischen türkischen Nationalisten und Bolschewiken und andererseits das religiöse Gemeinschaftsgefühl der Mohammedaner in der Türkei, Arabien, Persien und Indien die Quelle für eine föhnbare Bewegung bilden können, wird klar, daß die Entente, wenn auch widerwillig und ganz gegen ihre ursprünglichen Ziele, sich veranlaßt sieht, einige Schritte zurückzutreten und sogar die Revision des türkischen Friedens zu erwägen. Nach einer Pariser Meldung aus London soll der Großvezir (?) nach Paris gefahren sein, um einige wesentliche Bestimmungen des Friedensvertrages umändern zu lassen. Sein Protest bezieht sich auf die Unterzeichnung Thraziens und Smyrnas, ferner auf die Internationalisierung der Meerengen und die Kapitalisationsrechte versiegten Staaten, die sie vor dem Kriege nicht genießen haben. Es ist voranzuzusehen, daß sich die Nationalisten mit einer Revision des Friedens in diesem Umfange nicht zufriedengeben werden. Nach ihrer Meinung haben mehr Araber noch Engländer in Mesopotamien, Syrien und Palästina etwas zu suchen. Sie glauben ihren Widerstand mit Aussicht auf Erfolg forsetzen zu können, da sie sich auf eine starke religiöse Bewegung stützen können, die der Entente sehr unbehagen werden kann. Jedenfalls verpricht der mannhafteste Widerstand der türkischen Nationalisten einen größeren politischen Erfolg, als man ihnen und berechnen konnte. Die bevorstehenden Vorbereitungen der Bewegung, die in ähnlicher Art durchzuführen im übrigen Europa nicht möglich ist.

Deutsche Reichsschulkonferenz 1920.

7. Tag.

(Schluß.)

Über den Ausschluß für

Berlin, 17. Juni.

Antwortscheidung

berichtete Senator Krause (Hamburg): Rückkehrliche Gestaltungsart und Empfanglichkeit für Kunst müßten entwickelt werden, am besten auf dem Boden der Gemeindefähigkeit und Arbeitsschule. Vervollständigung Unterricht in den besonderen Kunstformen sei vom 3. Schahne an an allen Schulen und durch alle Klassen durchzuführen. Besonders künstlerisch Begabte hätten das Recht auf besondere Berücksichtigung. Höchste und Volkshochschule hätten das Recht der vorzuziehenden Schulplätze zuzugewähren weiterzuführen.

Über den Ausschluß für

Schule und Heimat

berichtete Oberlehrer Dr. W. Schneider: Hier Unterricht sei auf den heimatschulischen Grundgedanken einzurichten, Unterricht im

Freien, Schularten, Gartenbauunterricht, Wandernunterricht, Beschäftigungen, Beschaffung von Heimatsbüchern, auch von Modellen und Filmen würde gefordert. Heimatsbildung solle auch bei den nicht schulpflichtigen Bildungserhaltungen, Volkshochschulen, öffentlichen Bibliotheken, Museen gepflegt werden, die den künftigen Vorkursen zu berücksichtigen.

Über den Ausschluß für

Heimatschule

berichtete Oberbürgermeister Dominikus: Die städtische Trainschule, die Behandlung der verschiedenen Gebiete der Lebensbedingungen auf Grundlage eines geordneten Lehrplanes, Fortschritte für schwächliche Kinder, Nachmittagsunterricht an allen mehrtägigen Schulen, Verbesserung der Turnstätten, Entgegenkommen gegen die Turn- und Sportvereine, sachliche Aufsichtspflicht seien die Forderungen des Ausschusses für

Über die Verhandlungen des Ausschusses für

Schulart und Schulorganisation

sprachten zwei Berichterstatter:

Dr. V. W. a. d. o. s. a. Der Ausschuß forderte die allgemeinverbindliche Bestellung von Schulärzten.

Prof. Selzer: Die hygienische Erziehung der Schüler sei an allen Schulen und auf allen Etagen durchzuführen.

Über den Ausschluß für

Auslandsschulen

berichtete Prof. G. a. r. e. r. Die Pflege der Auslandsschulen sei mehr als je nötig.

Über den Ausschluß für

Schulleitung und Schullehrer

berichtete Schulrat Hartmann: Aus den Vorlesungen ist genannt der erste, „an Stelle der autoritären Schulleitung tritt die kollegiale“, welcher mit 18 gegen 7 Stimmen angenommen worden ist, und der zweite, wonach der Schulleiter nicht Vorgesetzter der Mitglieder des Lehrkörpers sei, welcher mit 22 gegen 4 Stimmen angenommen wurde. Ein weiterer Vorschlag lautet: Der Schulleiter vertritt kein Amt ehrenamtlich unter entsprechender Dienstreue; ein weiterer: Die Lehrer seien (mit Ausnahme derer an Hoch- und Fortbildungsschulen) unmittelbar Staatsbeamte. Das Disziplinarverfahren sei durchaus neu zu gestalten, unter Mitwirkung der Lehrerschaft.

Ein Vertreter kommunaler Verwaltungen protestierte gegen die angenommenen Vorfälle.

Auch gegen einzelne der Vorfälle wurden noch Erklärungen abgegeben.

Deutsches Reich.

Die Verwaltung der preussisch-berliner Staatseisenbahnen hat mit Mühe auf die deutsche Industrie begonnen, Verbesserungen für Straßen, Bahnhöfe und rollende Zugvorrichtungen zu schaffen. Ausgehend von dem Gedanken der Umkehrung der bisherigen Verkehrs auf den kommenden Bedarf des Inlandes und des Weltmarktes will sie die bahneigenen Anlagen bereitstellen, um einerseits für die Industrie zu werden und der Welt ihre Leistungsfähigkeit vor Augen zu führen, andererseits auch im Volke das Vertrauen zur eigenen Kraft zu erneuern. Zum Vertreter der Staatsbahninteressen wurde U. Thoma, Hannover, ernannt. Mit der Wahrung des öffentlichen Interesses wurde der Deutsche Werkbund beauftragt, der im Verein mit der amtlichen Ausgabeverwaltung zu Hannover die künstlerische Gestaltung der Embleme und Frontisbilder sowie des Streckenschildes und die Anweisung an die Architektur in Gebäuden und Straßen zu übergeben hat.

Klagen der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Der Betriebsausschuss der Zeche Saalger-Neuwaldberg übergibt der Öffentlichkeit eine Entschuldigungsliste, in der es u. a. heißt: Die Klagen über ungenügendes Brot und über das vollständige Fehlen der vierzig hundertfachen Wechs nehmen in den Bergarbeiterkreisen bedrohlichen Charakter an. Die Tatsache, daß sie in Essen an die schwerarbeitende Bevölkerung unbestimmtes, gesundheitsgefährliches Erzeugnis als Brot abgegeben wird, erregt die Gemüter außerordentlich. Die Bergarbeiter gelitten in den letzten Monaten, daß sie durch Überhitzung in einer Steigerung der Förderung einwirkten, um der Allgemeinheit ein Diner zu bringen. Durch dieses schlechte Brot sei ihnen bis zu 90 Prozent der Bergarbeiter an Wagnisbeswerden, sie werden arbeitsunfähig und unsere Forderung geht von Tag zu Tag zurück.

Russische Heimkehrer. Im Stettiner Freihaufen ist Freitag nachmittag von Narva kommend der Dampfer 'Amont' mit etwa 1000 aus russischer Gefangenschaft heimkehrenden Kriegern und Zivilisten angekommen. Unter ihnen befinden sich ungefähr 200 Deutsche, die übrigen waren meist Oesterreicher und Ungarn. Nach herzlichem Empfang wurden die Ankommenden nach dem Uebergangslager Rielow geleitet, von wo aus sie in die Heimat befördert werden.

Ausland.

Englands Verhältnis zu den Dominions.

Amsterd., 18. Juni. Der Staatssekretär für die Kolonien Biscourt Milner hielt gestern im Oberhaus eine Rede über das Verhältnis der englischen Dominions zum Mutterlande, in der er u. a. sagte: Die Regierung nimmt offen den Standpunkt ein, daß die anderen Glieder des Reiches gleichberechtigte Teilhaber sind. Die Regierung hält es für überaus wichtig, daß die Dominien mit eigener Regierung weiterhin eine gemeinsame Politik betreiben, wenn nicht bei jeder Gelegenheit, so doch bei allen großen nationalen Fragen. Selbstverständlich wäre es zu optimistisch, vorauszusetzen, daß diese Einigkeit in Zukunft in dem Maße vorhanden sein werde, wie bei der großen Erfüllung des Krieges. Bei der Reichsregierung ist darauf hingewirten worden, sobald wie möglich eine Konferenz abzusuchen, auf der die Frage der Verfassung besprochen werden soll, um das harmonische Zusammenwirken in der Zukunft sicher zu stellen. Diese oft als konstitutionelle Konferenz bezeichnete Verammlung ist nicht mit der regelmäßigen Reichstagskonferenz zu verwechseln. Sie hat den Charakter einer gleichzeitigen Verammlung, die versuchen soll, eine Grundlage zu finden, auf der unsere Beziehungen zu den Dominions in Zukunft aufgebaut werden sollen, und ist für das nächste Jahr geplant.

Wissen und der Friedensvertrag.

Rotterdam, 19. Juni. In einer Interpellation mit einem Vertreter der 'New York World' sagte Wilson: Die republikanische und nicht die demokratische Partei ist verantwortlich für die Folgen, die durch die Nichtratifizierung des Versailleser Vertrages und der Völkerbundverträge durch den Senat entstehen könnten. Er zweifelt nicht daran, daß die übergroße Mehrheit der demokratischen Abgeordneten die Notwendigkeit erkennen werde, Amerika

müsse sein der höchsten Welt gegebenes Wort halten. Weder die Frage des demokratischen Präsidialkandidaten noch weigerte Wilson eine Aenderung.

Die Lage in Kleinasien.

London, 19. Juni. Keuter. Auf der Gefechten im Gebiet von Mosul ist es auch am oberen Euphrat zu schweren Kämpfen gekommen. Die Araber zogen sich infolge der Entsendung einer Straffrompagnie zurück. Die Straffrompagnie ist in ihre bisherige Garnison zurückgezogen, nachdem sie die Straßen nach Mosul durchsucht hat. Ein kleinerer Aufstand 50 Kilometer nördlich von Mosul hat den Engländern Verluste in Höhe von 30 Mann verursacht. Die Verluste der Araber sind beträchtlich.

Persien und der Völkerbund.

Amsterdam, 18. Juni. In Stratford (Hess) sagte gestern Lord Grey in einer Rede über den Völkerbund u. a.: Als vor sechs Monaten die englische Regierung beschloß, in die russischen Angelegenheiten nur noch einzugreifen, wenn Sowjetrußland einen seiner Nachbarn anzugreifen, wäre der richtige Augenblick gemeldet, daß der Völkerbund die Regierung der Randstaaten und der Sowjetregierung vorgeschrieben hätte, durch Vereinbarungen vorläufiger Grenzlinien die Feindseligkeiten zu beenden. Wie auch die Antwort gelautet hätte, auf jeden Fall wäre der unglückliche Zustand vermieden worden, daß der Krieg weiterginge und die Leute fragen, wozu eigentlich der Völkerbund da sei. Auch in Persien ist eine sehr große Gelegenheit verflüchtigt worden. Verdens Unabhängigkeit und Wohlstand ist vor dem Kriege durch die Nebenbuhlerhaft Rußlands und Englands stark beeinträchtigt worden. Nach dem Zusammenbruch Rußlands, als Gelegenheit für eine ganz neue Politik gegeben war, habe die englische Regierung den persischen Vertrag abgeschlossen. Der Vertragtrage gebe, wenn er richtig aufgestellt werde, seine Verantwortung zu haben. Aber die Tatsache, daß er kurz vor Eröffnung des Völkerbundes abgeschlossen wurde, war eine Art Schlag gegen das Ansehen des Völkerbundes. Die Wirkung des Abkommens in der Welt ist nicht glücklich gewesen. Grey verlangt, daß jetzt wenigstens der Text des Abkommens dem Völkerbunde mitgeteilt und daß dem Völkerbunde stets, sobald eres wünsche, über die Anwendung des Vertrages in einer Weise Bericht erstattet werde, die sowohl die Interessen aller Mächte wie die Unabhängigkeit Persiens sichere. Grey sagte zum Schluß, es sei in erster Linie die Aufgabe der Regierungen, über die Art der Ausbarmung des Völkerbundes zu entscheiden, aber die Völker müßten darauf achten, daß der rechte Gebrauch von ihm gemacht werde.

Vermischtes.

Ein Werber für die Fremdenlegation verhaftet. Soeben gelang es zwei Beamten der Berliner Sicherheitspolizei, einen Werber für die französische Fremdenlegation auf frischer Tat zu ergreifen. Von Passanten auf das Treiben dieses Mannes aufmerksam gemacht, gelang es den beiden Beamten, ihn in dem Augenblick, als er einen jungen Arbeiter zum Eintritt in die französische Fremdenlegation zu überreden versuchte, dingelt zu machen. Er wurde auf dem Postplatz als ein wohnungsloser Sprachlehrer festgehalten.

Der Rückgang des Holzpreises. Ueber den durch die Erhöhung der Holzpreise verursachten Rückgang des Verkehrs wird nun zünftiger Bericht mitgeteilt, daß in Berlin die Zahl der ausgelieferten Telegramme um etwa 25 Prozent abgenommen hat, und ebenso ist die Zahl der ausgelieferten Briefe um nicht ganz ein Viertel zurückgegangen.

Gerecht, höhere Strafe für Verschönerung von Kriegsgewinnen. Ein Berliner Ehepaar, der 40jährige Kaufmann Leubold und Frau verurteilt vor einiger Zeit, ihre Kriegsgewinne in die Schweiz zu bringen. Beim Ueberfahren der Grenze wurden ihnen für 425 000 M. deutsche Wertpapiere, für 48 000 Kronen österreichische Wertpapiere und für 100 000 Mark Brillanten und Schmuck beschlagnahmt. Die Strafammer zu Konstanz verurteilte jetzt Leubold zu 1 Jahr Gefängnis und 40 000 Mark Geldstrafe, die Ehefrau zu 20 000 Mark Geldstrafe; außerdem wurde auf Einziehung aller beschlagnahmten Wertpapiere erkannt.

700 Zentner Zucker 'erspart'. In einem Hamburger Speicher fanden Beamte des Wasseramtes 700 Zentner Zucker, die dort für die Rechnung einer bekannten Nitroer-Marmeladenfabrik lagerten. Bei den Nachforschungen stellte die Polizei fest, daß es sich um Zucker handelte, den die Fabrik von ihren ungeteilten Mengen zurücklegte und bei den monatlichen Bestandsanmeldungen nicht angegeben hatte, so daß im Laufe der Zeit ein solch hohes Quantum zusammengekommen war. Der geschäftstätige Marmeladenfabrikant hatte beauftragt, diesen 'ersparten' Zucker für sich bei der Herstellung von Marmelade für den freien Handel zu verwenden. Auf Veranlassung der Reichssteuerbehörde wurden sämtliche 700 Zentner beschlagnahmt.

Die fünf Wädhlen von Weaaz, die im 16. Jahrhundert gleichzeitig mit der Brücke erbaut waren, sind abgebrannt. Ein schwedisches Sägemehl in Flammen. 'Bestingste Tidens' meldet aus Stockholm: Das Holzlager des großen Sägemehls-Itzerwald lüchlich von Sundsoall, brennt seit gestern; der Schaden beträgt über 7 Millionen Kronen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank).

Der Aufsichtsrat beschloß am 19. Juni, der Generalversammlung für das Jahr 1919 die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent vorzuschlagen. Der Bruttobetrag beträgt in 1919 einhundert, 577 927,88 Mark Vortrag aus 1918 85 721 693,57 Mark, hiervon ab die Handlungskosten, Steuern, die Gratifikationen und Feuerungsanlagen an die Beamten, die Zuwendungen an deren Pensionisten und für wohnungliche Zwecke 50 782 506,37 Mark, Abschreibung auf Bankgebäude und Mobilien 3 678 581,56 Mark, Kontokorrent Reserve 384 000 Mark, beschlagnahmte Wertgegenstände 20 876 205,64 Mark, der wie folgt zur Verteilung gelangen soll: Einlage in die besondere Reserve 3 000 000 Mark, Rückstellung zur Aufbesserung der Besätze der Aktieninhaber 2 000 000 Mark, Dividende 8 Prozent 12 800 000 Mark, Zanteme des Vorstandes, des stellvertretenden Vorstandes und des amteingewinn der Bank beteiligten Direktoren 1 935 400 Mark, Zanteme des Aufsichtsrats 512 000 Mark, während der Rest von 628 805,64 Mark auf neue Rechnung übergeht. Das Geschäftsjahr 1919 endet folgendermaßen: Bilanz zum 31. Dezember 1919

